„1/3 Graf Lambsdorff, 2/3 Landesverband"

Von Bonner Staatsanwälten enttarnt: CDU/CSU und FDP kassierten Millionen aus schwarzen Kassen

Am Morgen vor dem ersten Advent, gegen 9.45 Uhr, saß der Kölner Wirtschaftsprüfer Hans Buwert mit seiner Frau beim Frühstück auf dem Landsitz Eichenhof. Da meldete sich am Telephon Otto Graf Lambsdorff.

Es sei ihm unangenehm, am Wochenende zu stören, entschuldigte sich der Bundeswirtschaftsminister. Artig erkundigte er sich nach dem Befinden des Hausherrn. „Altersbedingt mit Einschränkungen zufriedenstellend", antwortete Buwert.

Nach der höflichen Einleitung kam der Graf zur Sache. Für ihn sei ein „namhafter Betrag" unterwegs; ob er bereits eingegangen sei. Buwert verneinte und wollte wissen, von wem er denn Geld erwarte. „Es kommt von unserem Freunde Köhler", klärte Lambsdorff ihn auf, „über die Walzstahlausfuhrgemeinschaft."

Der Wirtschaftsprüfer beruhigte den Wirtschaftsminister; Gedanken brauche er sich nicht zu machen. Lambsdorff kündigte den Besuch seines Vertrauten Joachim-Friedrich von Stojentin an. Der werde ihm sagen, wohin das Geld weiterzuleiten sei. Buwert bestand auf einer „einwandfreien Adresse". Schließlich wisse Lambsdorff doch, „in welch prekäre Situation" die CDU mit ihren Spendengeschäften geraten sei.

Da verlor der Graf die Contenance. „Die Blödheit des Verhaltens dieser Leute überschreitet ja auch jedes menschliche Verständnis." Mit ihm und seiner Partei aber werde Buwert keine Schwierigkeiten haben. „Hier passiert nichts, dafür mache ich mich stark." Buwert: „Ich werde mir erlauben, Sie gegebenenfalls beim Wort zu nehmen."

Über das Gespräch am 1. Dezember 1979 machte Buwert eine Niederschrift, die er seiner Frau, die mitgehört hatte, später vorlas. Sie bestätigte: „Genau das hast du gesagt."

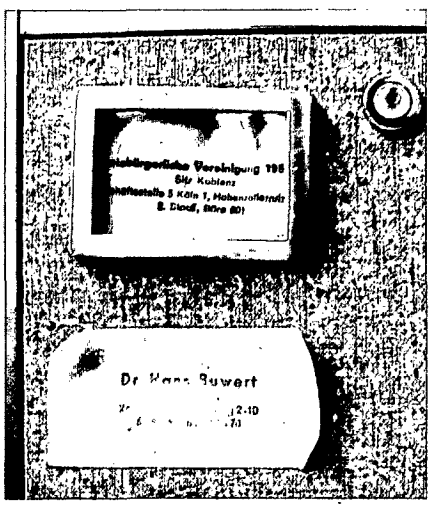
Anderthalb Jahre später, am 3. Juni 1981, gab Buwert die Notiz dem Bonner Staatsanwalt Gerd Pohl, der mit Steuerfahndern zur Hausdurchsuchung kam. Und das sollte für den Grafen besonders unangenehm werden.

Denn in der Parteispendenaffäre, die Bonner Staatsanwälte und Steuerfahnder aufzuklären versuchen, fällt Hans Buwert, dem Präsidenten der Köln/Koblenzer „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e. V." (SV), eine Schlüsselrolle zu. Und Graf Lambsdorff, die FDP, vor allem aber CDU/CSU sind nach jüngsten Erkenntnissen der Ermittler ganz tief in den Skandal um illegale Spenden und Steuerhinterziehung verstrickt.

Zwei Jahre lang hat Staatsanwalt Pohl, unterstützt von rund einem Dutzend



Geldempfänger Lambsdorff
„Die Blödheit des Verhaltens dieser Leute . . .



Briefkasten der Spenden-Sammler
. . . überschreitet jedes Verständnis"

Fahndern, aus den Chefetagen der Wirtschaft und aus den Geschäftszimmern parteinaher Vereine Belastendes zusammengetragen. In einem 94-Seiten-Vermerk, Datum 28. Dezember 1982, hat er alles akribisch aufgeschrieben.

Die Ermittler haben die Schleichwege von Spendenmanipulateuren quer durch die Bundesrepublik verfolgt, Zigtausende Belege, Kontoauszüge und Aktennotizen ausgewertet. Über 1000 Ermittlungsverfahren sind eingeleitet.

Die Mächtigen der Wirtschaft, das belegen die Unterlagen, haben mit illegalen Millionenspenden jahrzehntelang Politik gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften gemacht. Über die Konten der Staatsbürgerlichen Vereinigung, einer Art „Spendensammelbank" (Staatsanwaltschaft), floß das Geld von der Großindustrie an die Politiker von CDU/CSU und FDP – zwischen 1969 und 1980 allein 214 Millionen Mark.

Besonders reichlich gingen in Wahljahren bei Union und Liberalen die Spenden ein. Im Jahre 1976, als Helmut Kohl 48,6 Prozent erreichte, sammelte die SV die Rekordsumme von 40,2 Millionen Mark.

Belegt wird von der Bonner Staatsanwaltschaft vor allem, wie die Christlich Demokratische Union samt ihrer bayrischen Schwesterpartei CSU mit Hilfe rechter und ultrarechter Handlanger das Finanzamt kräftig übers Ohr gehauen haben.

Schwer belastet werden nicht nur alte Wirtschaftswundermacher. Auch Wirtschaftsminister Lambsdorff und CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep sind durch das vorgefundene Material so sehr in die Klemme geraten, daß sie mit einer Anklage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung rechnen müssen.

Die Enttarnung der gemeinnützigen Staatsbürgerlichen Vereinigung als geheime Geldquelle könnte zudem für die finanzkräftige Union das Ende einer wundersamen Geldvermehrung bedeuten – es sei denn, den CDU-Politikern fiele von neuem eine krumme Tour ein.

Daß die Staatsbürgerliche Vereinigung, die zwei kleine Büros in Köln und Koblenz unterhält, die größte illegale Geldbeschaffungsstelle der christliberalen Parteien sein könnte, erschloß sich den Fahndern bereits im Sommer vorletzten Jahres.

Bei Durchsuchungen in Firmen und Parteibüros beschlagnahmten die Ermittler eine „alphabetisch geführte Spenderkladde", die sich wie ein Gotha der deutschen Wirtschaft liest. FDP-nahe Vereine erhielten vom SV-Vorstand zwischen 1976 und 1980 insgesamt 1,2 Millionen Mark, einkassiert vom Geschäftsführer Friedrich Karl Patter-

son, einem anderen Lambsdorff-Vertrauten.

In Hunderten von Leitzordnern haben die Staatsanwälte Belege über Geldtransfers der SV gefunden, bei Reemtsma, Veba und auch bei der Marmeladenfabrik Zentis. Beim Düsseldorfer Waschmittelkonzern Henkel entdeckten die Strafverfolger einen „Sonderetat" für Parteispenden und fanden heraus, daß „in den Jahren 1979 und 1980 eine Gesamtsumme von etwa DM 1,4 Mio" (Vermerk der Staatsanwaltschaft) an die SV ging.

Das illegale Zahlungssystem mit steuerbefreienden Quittungen, an dem sich auch Konzerne wie Unilever sowie die Deutsche Bank und die Dresdner Bank

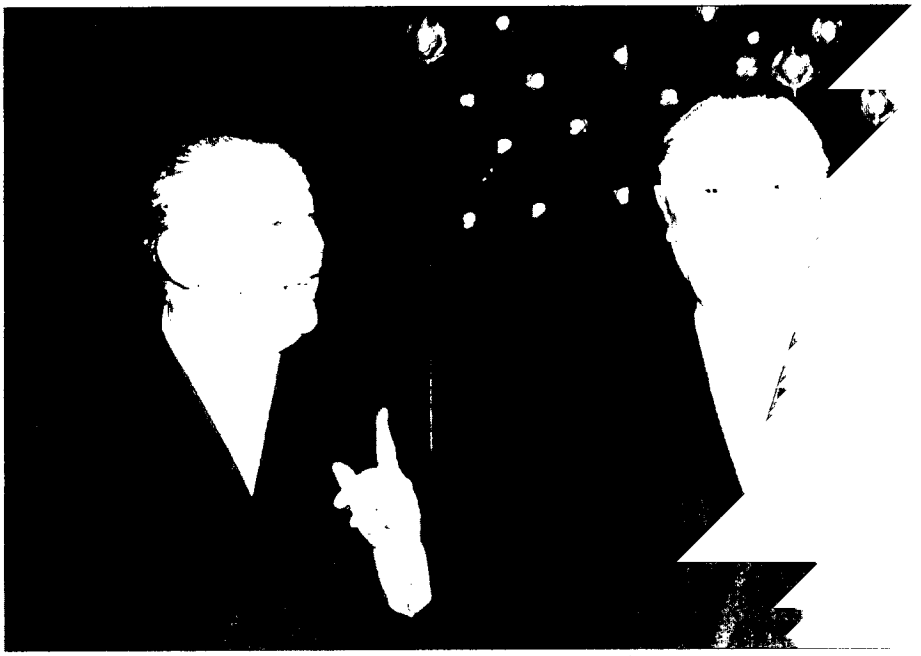


Geldempfänger Kiep
„Zu ganz besonderem Dank verbunden"

beteiligten, funktionierte so, daß für die FDP und die Union bestimmte Spenden nicht direkt an die Schatzmeister gingen, sondern zunächst an die SV, von dort an vorgeblich gemeinnützige, in Wirklichkeit aber parteieigene Tarnorganisationen in der Bundesrepublik, dann an dubiose Auslandsvereine.

Im Koffer oder per Überweisung kamen sie aus dem Ausland an die eigentliche Adresse: Union und FDP. Das Geld war dem Zugriff des deutschen Fiskus entzogen, es war, wie Steuerfahnder das nennen, „gewaschen". Die Spender allerdings konnten ihre Gaben, die sie offiziell gemeinnützigen Vereinen zugedacht hatten, in voller Höhe beim Finanzamt absetzen.

Zu den Top-Adressen für die verschwiegenen Industrie-Millionen gehörte



Industriepräsident Berg, Kanzler Adenauer (1960): Wie eine geheime Loge

seit Mitte der fünfziger Jahre die Staatsbürgerliche Vereinigung, die ausschließlich nichtsozialistische Parteien mit Bargeld überschüttete – CDU/CSU, FDP, DP und BHE, die damals gemeinsam regierten.

Die Gründerväter der SV waren Bankiers und Industrieführer von Rang. Als erster SV-Präsident fungierte AEG-Chef Friedrich Spennrath, sein Beisitzer war der Kölner Bankier Robert Pferdmenges – beide Stammgäste in der Tischrunde Konrad Adenauers. Ins Präsidium kamen nur Herren mit besten Referenzen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schickte Fritz Berg, die Arbeitgeberverbände ihren damaligen Präsidenten Hans-Constantin Paulssen.

Die Mitglieder waren sorgsam ausgesucht, die Aufnahmebedingungen so streng wie bei einer geheimen Loge. Adenauers wohl einziger Duzfreund Pferdmenges hatte einen Adjunkten zur Seite: Nikolaus Graf Strasoldo aus Pferdmenges' Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Wenn auch der Zweck des Vereins die allgemeine Förderung des „demokratischen Staatswesens" war und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wegen „Förderung der Erziehung und Volksbildung" bestand, verfolgte die SV nur ein Ziel: mit Millionen-Spenden die SPD von der Macht fernzuhalten.

Die Vereinigung übernahm das Inkasso bei rund 50 Großunternehmen aus Schwerindustrie, Handel, Banken und Versicherungen. Vor der Wahl zum dritten Deutschen Bundestag wurden „Wahlsonderleistungen" an CDU (elf Millionen), FDP (4,6 Millionen), DP/FVP (3,3 Millionen) und BHE (0,5 Millionen) weitergeleitet.

Wer vom Unternehmerkurs abwich, wurde von der Spendenliste gestrichen.

Als die FDP 1956 in Nordrhein-Westfalen den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold stürzte und ein sozialliberales Bündnis einging, drehte die SV den Geldhahn für die Abweichler zu. Später, in der Zeit der sozialliberalen Bonner Koalition, wurden die Vertreter der freien Marktwirtschaft in der FDP wieder regelmäßig bedient.

Im Jahr 1958 strich das Bundesverfassungsgericht die Steuervergünstigungen für Spenden an Parteien, weil sie die Chancengleichheit verletzten. Die steuerlich abzugsfähigen Spenden, erkannten die Karlsruher Richter, kämen im wesentlichen den Parteien zugute, die kapitalkräftigen Kreisen nahestehen. Abzugsfähig war fortan nur noch die Verwendung für allgemeine staatspolitische Zwecke.

Aber die Geldverwalter der SV, fast ausnahmslos Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, verstanden, auf was es künftig ankam. Der Verein hatte schon vorsorglich die Satzung geändert. Fortan war nur noch die Rede von der „Unterstützung geeigneter Schulungsmaßnahmen", mit denen „junge Menschen für staatspolitische Aufgaben" herangebildet werden sollten.

Um die Millionen dennoch weiterhin anstandslos in die Unionskassen pumpen zu können, legte sich die SV drei Tarn-Adressen mit hochtrabenden Namen im liechtensteinischen Vaduz zu:

- ▷ das „Etablissement Aspe", ein „institut pour l'approfondissement de la structure sociale des peuples européens", das seit 1959 für die SV angeblich die Beobachtung der Sozialstrukturen sämtlicher Länder Europas übernommen hatte, um „gegen die Kräfte des destruktiven Materialismus" (SV) zu kämpfen. Bis 1970 erhielt Aspe von der SV in der Regel jährlich zwei Millionen Mark;

- ▷ das „Etablissement Wisotest", eine „Anstalt zur Erforschung struktureller Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialordnung moderner Industriestaaten", das seit etwa 1965 für die SV tätig war. Letzte SV-Zahlung im Jahre 1969: 1,45 Millionen Mark;
- ▷ das „Etablissement Inter-droit", ein „institut pour la promotion et le développement du droit international public", das von der SV zwischen 1971 und 1980 112,1 Millionen Mark bezogen hat.

Die Bonner Staatsanwaltschaft entdeckte die Konten der Etablissements bei der Schweizerischen Bankgesellschaft: 319.350.60 E für Aspe, 321.202.60 R für Wisotest, 281.378.70 J für Inter-droit. Das dazugehörige Personal fand sie nicht. In Vaduz gibt es weder Adressen noch Telephonnummern. In der akademischen Szene sind die Institute völlig unbekannt.

Die CDU/CSU-Geldmaschine lief erst richtig an, als Mitte der sechziger Jahre zusätzlich zu den ausländischen Instituten ein Helfer angeheuert wurde, der schon 1958 als Rechtsvertreter der Bundesregierung für das Steuerprivileg der Parteien in Karlsruhe gekämpft hatte: Friedrich August Freiherr von der Heydte, damals Staatsrechtler an der Universität Würzburg und dort Leiter eines „Instituts für Staatslehre und Politik e. V. (ISP)".

Der Adelsmann, der seit 1975 als Pensionär und Gelegenheitsanwalt im niederbayrischen Aham an der Vils lebt, hat sich in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte besondere Verdienste erworben. Der jetzt 76jährige brachte es auf Dutzende Orden, Berufungen, Präsidentschaften und Titel. Er war Statthalter der deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grabe, ist Ritterkreuzträger mit Eichenlaub, Träger der silbernen Nahkampfspange und Gründungsmitglied der Organisation „Rettet die Freiheit".

Und nicht nur das: Von der Heydte wurde, wie der Politologe Thomas Ellwein urteilt, in den sechziger Jahren zum „Inbegriff der Reaktion". Der CSU-Freiherr war Vorsitzender der „Abendländischen Akademie", kämpfte im „Deutschen Kreis" gegen die Koexistenz-Propaganda des Ostens und lehnte als Abendländler eine „totale Diktatur" ebenso wie eine „totale Demokratie" ab. Auf dem Gebiet des Wehrwesens war der Freiherr mit dem Vorschlag aufgefallen, die Bundeswehr in evangelische und katholische Divisionen einzuteilen.

Weltweit bekannt wurde der Professor 1962, als er unter anderem wegen eines SPIEGEL-Titels über das „Fallex"-Manöver (SPIEGEL 41/1962) bei der Bundesanwaltschaft Anzeige wegen Landesverrats erstattete und damit das einleitete, was heute in Nachschlagewerken „Die SPIEGEL-Affäre" heißt.

Als die Bonner Staatsanwälte jetzt, zwanzig Jahre später, bei ihren Ermittlungen im Parteispendenverfahren auf die Zusammenarbeit des Heydte-Instituts mit der SV aufmerksam wurden, waren sie verblüfft: Zwischen 1969 und 1980 kassierte der Würzburger Ritterkreuzträger von der Staatsbürgerlichen Vereinigung 80,5 Millionen Mark. Der Großteil des Geldes ist, wie die Strafverfolger recherchierten, „unmittelbar oder mittelbar" an Wisotest, Aspe und Interdroit transferiert worden. Von der Heydte begnügte sich mit einem Prozent Provision.

Das Manöver mit dem General der Reserve war raffiniert eingefädelt. Institutschef von der Heydte trat nach außen als seriöser Wissenschaftler auf, er glänzte durch populärwissenschaftliche Vorträge, vornehmlich in rechten Zirkeln.

Die Steuerbeamten, die sich nach der Verwendung der SV-Gelder bei von der Heydte erkundigten, müssen vom Titel



Geldvermittler von der Heydte*
Der Professor antwortete nicht

Prof. Dr. jur. et. rer. pol. beeindruckt gewesen sein. Und der SV-Vorstand hatte für den Geldfluß über von der Heydtes Institut nach Liechtenstein plausible Erklärungen. Der Professor, argumentierten die Herren, habe beispielsweise „zur Erfüllung seiner Aufgaben geeignete ausländische Gelehrte" beschäftigen und bezahlen müssen.

Die Steuerfahnder erfuhren, daß der Freiherr mit Hilfe des Vaduzer Etablissements Inter-droit dem ähnlich klingenden, aber tatsächlich existierenden „Institut de droit international" einen Entwurf für ein internationales Atomrecht ausarbeiten sollte.

Der Auftrag sei von „ungewöhnlicher Bedeutung und Tragweite". Es gehe um die Grundlagen „der Verfügungsgewalt des Menschen über die Atomkräfte", und „für Deutschland ist durch die Wahl von Professor von der Heydte als Berichterstatter der 5. Kommission die Möglichkeit gegeben, in starkem Maße auf die Gestaltung dieses Teils des Völkerrechts Einfluß zu nehmen".

Nachprüfungen ergaben, daß alles geschwindelt und das Geld illegal in die Kassen der Union geflossen war.

Zwar amtierte der General a. D. im Jahre 1969 beim Edinburgher Kongreß des alten, exklusiven Juristen-Klubs „Institut de droit international" einmal als Berichterstatter der 5. Kommission. Und auf dem Kongreß wurde auch ein Bericht von der Heydtes „über Probleme der Massenvernichtungsmittel" diskutiert.

Aber den Bericht hatte von der Heydte nach Ausweis des Kongreß-Jahrbuchs bereits 1961 verfaßt. Und von 1970 bis 1982 taucht von der Heydte in den Jahrbüchern, die alle Professoren-Aktivitäten verzeichnen, nur noch als Randfigur auf – mit einer Ausnahme: Im Jahre 1979 erwarb er sich die Sympathien der 116 Institutsmitglieder, als er für den stets unter Geldmangel leidenden Klub 20 000 Mark aus dem Fonds der Staatsbürgerlichen Vereinigung abzweigte.

Entsprechend undurchsichtig ging es auch im Würzburger Institut zu. „Wir hatten", erinnert sich ein früherer Assistent des Professors, „schon damals den Eindruck, daß das ‚Institut' nur eine Briefkastenfirma für Geldwäscherei war."

Das obskure ISP firmierte jahrelang mit einem Schild am Universitätszimmer des Staatsrechtlers und erweckte so den Eindruck einer universitären Einrichtung. „Der Laden hat aber", erinnert sich der ehemalige Mitarbeiter des Professors, „nie eine besondere Tätigkeit entfaltet."

Als im Jahre 1972, während des Wahlkampfs gegen Willy Brandt, die Staatsbürgerliche Vereinigung Spitzen-Einkünfte von 38,3 Millionen Mark verbuchte, gerieten ISP und SV gegenüber dem Finanzamt in Erklärungsnot. Es mußte nach Gründen gesucht werden, wohin das Geld fließen soll. Es galt, so die SV, „diejenigen Kräfte finanziell zu fördern und zu stützen, die im Rahmen des Grundgesetzes" versuchten, „die Neugestaltung in geordnete Bahnen zu lenken".

Das garantierten am besten rechtslastige Hilfstruppen der Union, die laut Kassenbucheintragungen allein vom Geldsegen profitierten.

Gefördert wurden aus „publizistischen Zwecken" konservative Verlagshäuser wie Springer (90 000 Mark), der katholische „Rheinische Merkur" (37 000 Mark) und ein „Arbeitskreis soziale Marktwirtschaft" (562 000 Mark).

„Forschungsaufträge" und „Zuwendungen" erhielten ein „Gestaltkreis im BDI" (140 000 Mark), Bund Freiheit der Wissenschaft (25 000 Mark), Konrad-Adenauer-Stiftung (48 000 Mark), „Notgemeinschaft für eine freie Universität" (64 000 Mark), „Notopfer Schlesien" (20 000 Mark) und der Ring Christlich-

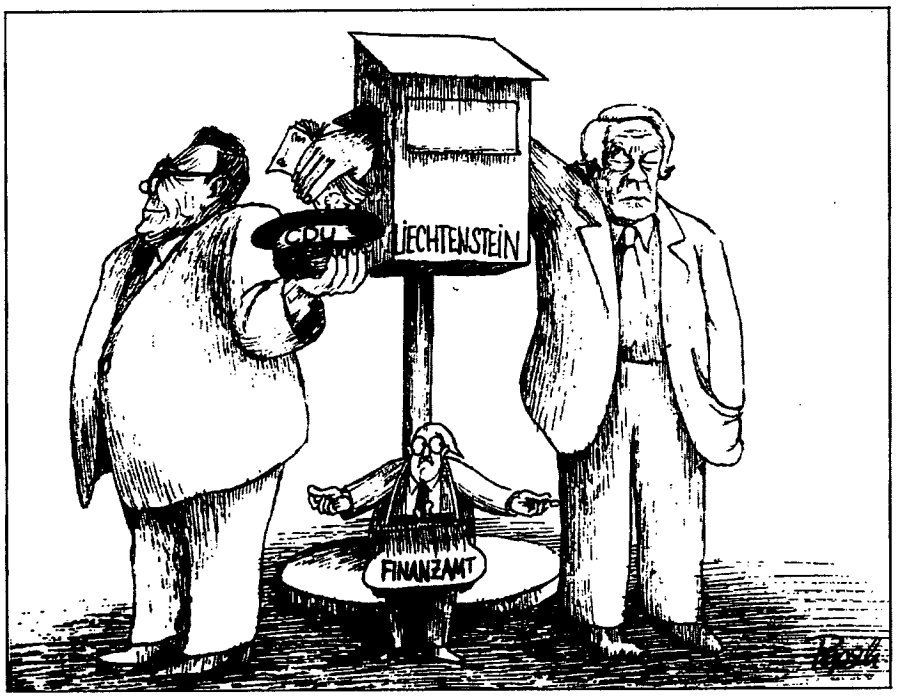
* SPIEGEL 47/1962.

Demokratischer Studenten (120 000 Mark).

Auch gab das Präsidium der SV vor, sich „in die weltweite Diskussion über das Recht der Meeresnutzung" einzuschalten und eine „Neugestaltung des internationalen Seerechts" vorzulegen. Helfer war wiederum Professor von der Heydte, unterstützt vom Institut Interdroit.

Zwischen 1975, dem Jahr seiner Emeritierung, und 1980 gingen auf dem Institutskonto des Würzburger Staatsrechtlers 47,6 Millionen Mark ein.

Die ungewöhnlich hohen Zahlungen an das Von-der-Heydte-Institut machten, reichlich spät, die zuständigen Steuerbeamten in Koblenz stutzig. Denn dort war inzwischen, wie die SV inter bedauerte, durch einen Wechsel im Finanzamt „der Draht gebrochen".



Neue Hannoversche Presse

Spendenwege

Eindringlich baten die rheinischen Steuerprüfer 1980 die Kollegen in Würzburg um Prüfung, ob es sich bei der ISP-Arbeit „tatsächlich um eine steuerunschädliche Mittelverwendung handelt". Die fränkischen Beamten forderten daraufhin bei von der Heydte Kassen- und Tätigkeitsberichte an.

Aber der Professor antwortete nicht. Die Finanzbeamten mahnten mehrfach und setzten stets neue Fristen. Als von der Heydte sich noch immer nicht meldete, drohte das Finanzamt dem Professor ein Zwangsgeld an – 100 Deutsche Mark.

Der Freiherr brauchte den Fiskus nicht zu fürchten, er fungierte bei den Millionen-Transaktionen nur als Strohmann. Die Fäden zog der BDI, der über die SV direkten Einfluß auf die Bonner Politik nahm.

Der BDI sorgte sich auch um Kleinigkeiten. Die Büromöbel der „geistigen Zentrale" (Buwert) in Bonn gehörten dem Industrieverband, der auch die Sekretärin auf seiner Gehaltsliste hatte. Die Deutsche Bank stellte den Herren, wenn sie sich zur Geldverteilung trafen, mehrmals die Tagungsräume zur Verfügung.

Als Anfang der achtziger Jahre die Staatsanwälte in der Spendenaffäre immer penetranter ermittelten, veranlaßte Hans Dichgans, vormals BDI-Hauptgeschäftsführer und CDU-Bundestagsabgeordneter, daß in Bonn sämtliche Spuren verwischt wurden. Buwert erklärte bei seiner Vernehmung:

> Das gesamte, sehr umfangreiche Aktenmaterial wurde vernichtet . . . d. h. alle Unterlagen über Spendeneingänge, deren Verwendung, die bis 1977 erstellten Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnung etc. Die mit der Vernichtung beauftragten Mitarbeiter übergaben dieses Material zur Vernichtung sicherlich in der Annahme, daß es nicht mehr benötigt würde.

Das Material reicht dennoch. Und es wird wohl nicht nur den Verein die Gemeinnnützigkeit kosten.

Walther Leisler Kiep, der Schatzmeister der CDU, wird sich auch diesmal wieder damit herausreden müssen, ein Schreibautomat habe seinen Namenszug auf die vielen Bitt- und Dankbriefe gekritzelt. Denn bei ihren Durchsuchungen in den Konzern-Zentralen und in den Kontoren mittelständischer Firmen fanden die Staatsanwälte zuhauf belastendes Material gegen Kiep, das den Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung begründet.

„Mit einer herzlichen Bitte" hatte sich Kiep beispielsweise im Juni 1972 schriftlich an einen verhinderten Teilnehmer einer Tischrunde beim damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gewandt: „Unsere sehr eingehende Diskussion aktueller politischer Fragen ließ eine große Bereitschaft deutlich werden, uns auch bei der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zu helfen. Wir wären Ihnen zu ganz besonderem Dank verbunden, wenn Sie uns Ihre Unterstützung zuteil werden lassen könnten."

Zusammen mit diesem Schreiben fanden die Staatsanwälte eine Notiz mit den Bankkonten der Staatsbürgerlichen Vereinigung und die Visitenkarte von Kieps Generalbevollmächtigtem Uwe Lüthje.

Kieps Spenden-Appelle hatten in der Regel Erfolg. So dankte zum Beispiel am 15. März 1972 eine Firma für ein Kiep-Schreiben „mit der Bestätigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der zugesandten Spende im Sinne der Mitteilung von Herrn Dr. Lüthje. Wir werden die Spende von insgesamt 200 000 Mark an die Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V. Köln/Koblenz auf deren Konto bei der Deutschen Bank AG, Köln, Kontonummer 1321330 überweisen, und zwar zu folgenden Terminen und Teilbeträgen:

20. 3. 1972	DM 75 000,–
19. 6. 1972	DM 65 000,–
18. 9. 1972	DM 60 000,–
	DM 200 000,–

Ich darf abschließend mit dieser Spende den Wunsch verbinden, daß sie dazu beitragen möge, das gemeinsam angestrebte Ziel zu erreichen".

So erfolgreich waren die SV-Akquisiteure, daß CDU-Politiker aus der Provinz ungeniert als Bittsteller auftraten. Einer von ihnen war der Kreisgeschäftsführer der CDU Aachen, der in einem Bettelbrief an die SV folgendes schrieb: „In der Anlage übersenden wir Ihnen einen Verrechungsscheck Nr. 526089 der Firma . . . über 3000 Mark. Inzwischen dürften annähernd 100 000 Mark auf Ihrem Konto eingegangen sein. Da wir mittellos sind und infolge des Wahlkampfes eine Menge unbezahlter Rechnungen vorliegen, haben wir die herzliche Bitte, daß Sie uns den Betrag abzüglich Ihres Prozentsatzes überweisen. Ihrer Anweisung sehen wir in den nächsten Tagen entgegen."

Ein paar erklärende Worte zur Staatsbürgerlichen Vereinigung wird auch Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff finden müssen. Im Parteispenden-Verfahren 40 Js 114/81 beschlagnahmten die Staatsanwälte einen Kalender des Jahres 1980. Darin steht unter dem 6. August die Eintragung: „Graf Lambsdorff telefonisch informiert, daß Herr X von Firma Y angekündigt hat, 150 über Staatsbürgerliche zu geben, ⅓ Graf Lambsdorff, ⅔ Landesverband."

Herrn X und die Firma Y kennt die Staatsanwaltschaft. Eine einleuchtende Erklärung des Grafen, was er mit den 50 000 Mark gemacht hat, steht noch aus.